



## Medienmitteilung

Zürich, 15. Oktober 2020

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **KPB: Radweglückenschliessung und Bushaltestellen-Ausbau in Zollikon und Maur**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat, dem Objektkredit für die Radweglückenschliessung und den Ausbau von Bushaltestellen auf der Binz-/Zollikonstrasse in den Gemeinden Zollikon und Maur ([5455](#)) zuzustimmen. Die Kommissionsmehrheit beantragt zudem eine Erhöhung des Objektkredits um 100'000 Franken für die Verschiebung und Neuerstellung der bestehenden Parkplätze beim Weiler Sennhof. Die Kommissionsminderheit lehnt diese Erhöhung ab.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

#### **KJS: Neues Rechtskleid für das Forensische Institut Zürich**

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Vereinbarung zwischen dem Kanton und der Stadt Zürich über die Errichtung und den Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR) zu genehmigen und die damit zusammenhängenden Änderungen in den kantonalen Gesetzen vorzunehmen. Damit folgt die KJS dem Antrag des Regierungsrates ([5621](#)). Die Änderungen betreffen das Polizeiorganisationsgesetz, das Polizeigesetz und das Bevölkerungsschutzgesetz. Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben der Vorlage bereits Ende 2019 mit grossem Mehr zugestimmt. Kanton und Stadt Zürich haben mit dem FOR vor rund zehn Jahren ein gemeinsames kriminaltechnisch-wissenschaftliches Kompetenzzentrum in Betrieb genommen. Der organisatorische Zusammenschluss von Kantons- und Stadtpolizei Zürich hat sich bewährt und soll – vor dem Einzug des FOR ins Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ) – verfestigt werden, indem das FOR zu einer Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit wird.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

#### **STGK: Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung**

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat von Beat Habegger (FDP) betreffend Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung (KR-Nr. 15/2017) als erledigt abzuschreiben ([5519](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, eine Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung zu erarbeiten. Diese sollte insbesondere aufzeigen, welche Möglichkeiten sich durch die Blockchain beziehungsweise die «Distributed Ledger-Technologie» für die Abwicklung von digitalen Transaktionen ergeben und ob damit Kosteneinsparungen erzielt werden können. Die STGK teilt die Ansicht des Regierungsrates, dass die zentralen Anliegen des Postulats mit der



Digitalstrategie 2018–2023 und deren Umsetzung sowie dem Projekt zur Blockchain-Technologie erfüllt wurden.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

*Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*